

Offener Regionalfonds für Südosteuropa – Rechtsreform

Herausforderung

Mit Blick auf den Beitritt zur Europäischen Union (EU) und die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen stehen die Länder Südosteuropas vor der Aufgabe, ihr bestehendes Rechtssystem an das EU-Recht anzupassen.

Aufgrund der Nachfrage der Partnerländer unterstützt der Offene Regionalfonds – Rechtsreform seit 2007 den EU-Annäherungsprozess im Schwerpunkt Zivil- und Wirtschaftsrecht sowie bei der Modernisierung der Rechtspflege. Er arbeitet mit den Partnerländern daran, die rechtlichen Rahmenbedingungen im Einklang mit dem Besitzstand der EU (Acquis communautaire, dt. „gemeinsamer Besitzstand“) zu reformieren. Dieser umfasst alle Rechte und Pflichten, die für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlich sind. Im Zentrum der Reformanstrengungen stehen dabei die Themen Judikative, Grundrechte, Justiz, Freiheit und Sicherheit. Auch für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum der Länder ist Rechtsstaatlichkeit essenziell. Die Westbalkan-Länder haben sich zum Ziel gesetzt, einen regionalen Wirtschaftsraum zu entwickeln. Dafür ist eine wirksame Umsetzung rechtlicher Rahmenbedingungen erforderlich.

Der Offene Regionalfonds – Rechtsreform stellt regionale Zusammenarbeit und fachlichen Austausch in den Vordergrund. Angesichts der ethnischen Konflikte auf dem Westbalkan trägt dies dazu bei, politische Spannungen zu überwinden.

Ziel

Die Voraussetzungen zur Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands (EU-Acquis) im Zuge der EU-Annäherung sind verbessert. Die Länder Südosteuropas arbeiten zusammen, um die rechtlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen und die nationalen Rechtsreformziele zu erreichen.

| | |
|--------------------|--|
| Bezeichnung | Offener Regionalfonds für Südosteuropa – Rechtsreform |
| Auftraggeber | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) |
| Länder | EU Beitrittsländer Südosteuropas |
| Politischer Träger | Regionaler Kooperationsrat (RCC) |
| Gesamtlaufzeit | 2007 - 2021 |
| Auftragsvolumen | 19,85 Millionen Euro |

Vorgehensweise

Sämtliche Partnerländer des Offenen Regionalfonds für Südosteuropa – Rechtsreform stehen vor ähnlichen Herausforderungen, die gemeinsam erfolgreicher gelöst werden können. Regionaler Austausch ist daher ein wesentliches Element für eine erfolgreiche Annäherung an die Europäische Union. Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützt der Regionalfonds deshalb staatliche Institutionen und die Zivilgesellschaft in den Partnerländern dabei, in ausgewählten Bereichen gemeinsam an den Anpassungen des Rechts und der Justiz an den Acquis communautaire zu arbeiten, vor allem für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Der Offene Regionalfonds – Rechtsreform fördert deshalb:

- den Aufbau und die Unterstützung regionaler Plattformen und Netzwerke
- den Austausch von Expert*innen zwischen den Partnerländern
- die Harmonisierung von Gesetzen in der Region
- die Vernetzung der Partnerinstitutionen mit internationalen Fachorganisationen.



REFORMS



Reformen des Rechts und der Justiz stellen große Herausforderungen vor die Länder der Region auf ihrem Weg zum EU-Beitritt.

Regionale Zusammenarbeit und Austausch sind wesentliche Elemente für eine erfolgreiche Annäherung an die EU.

Das Projekt bezieht alle Kooperationsländer Südosteuropas bei der Erzielung von Fortschritten in den folgenden wichtigsten Teilmaßnahmen ein:

- **Harmonisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Investitionsschutz:** Teil dieser Maßnahme sind die Ermöglichung eines regionalen Austauschs im Zusammenhang mit UNCITRAL-Treffen, die Ermittlung relevanter Strukturen für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staat und die Unterstützung von regionalen Moot-Wettbewerben. Darüber hinaus werden Reformvorschläge für einen Rechtsrahmen erarbeitet.
- **Stärkung der wirtschaftlichen Position von Frauen:** Die Teilmaßnahme unterstützt insbesondere Notarkammern und Registerbehörden bei der Umsetzung des bestehenden rechtlichen Rahmens. Im Rahmen dieser Teilmaßnahme wurde zusammen mit der FAO eine rechtliche Analyse durchgeführt, um die Fortschritte zu verfolgen und die Länder auf die Berichterstattung über den SDG-Indikator 5.a.2. der Agenda 2030 vorzubereiten. Die Teilmaßnahme konzentriert sich auch auf grenzüberschreitende Transaktionen, die die Eigentumsrechte von Frauen betreffen.
- **Zusammenarbeit der Justizakademien:** Die Teilmaßnahme unterstützt den Aufbau institutioneller Kapazitäten und die Stärkung der Vernetzung und des Austauschs zwischen Ausbildungseinrichtungen für Richter und Staatsanwälte in der Region durch ein etabliertes regionales Kooperationsformat. Im Mittelpunkt der Maßnahme stehen der Einsatz digitaler Werkzeuge und die Förderung von Gender-Aspekten in der Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten.
- **Grenzüberschreitende Vollstreckung von Gerichtsentscheidungen:** Diese Maßnahme zielt darauf ab, die internationale Zusammenarbeit mit der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht und der Internationalen Vereinigung der Gerichtsvollzieher zu intensivieren und die beruflichen Standards für Gerichtsvollzieher zu verbessern, um die Bedingungen für die grenzüberschreitende Vollstreckung von Urteilen zu verbessern..

Wirkungen

Das Vorhaben hat den Aufbau des South East European Law School Network (SEELS) mit 13 juristischen Fakultäten unterstützt. Die Qualitätsstandards der juristischen Aus- und Fortbildung konnten so erhöht und regionale Lehr- und Forschungsprogramme angeboten werden.

Mit Unterstützung des Vorhabens nehmen die Länder regelmäßig an Treffen der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (United Nations Commission on International Trade Law, UNCITRAL) teil. Durch die Beteiligung an den internationalen Diskussionen sind die Partnerländer besser über Investoren-Staat-Schiedsverfahren und die aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich informiert.

Der Belgrader Open Pre-Moot wurde gegründet. Moots sind eine Art juristische Wettbewerbe: Universitätsteams treten in simulierten Gerichtsverfahren gegeneinander an und vertreten Mandant*innen fiktiver Streitigkeiten anwaltlich. Inzwischen zählt der Belgrader Open Pre-Moot zu den ersten zehn Pre-Moots weltweit.

Zusammen mit dem Regionalen Kooperationsrat (RCC) wurde das Netzwerk der Justizakademien in der Region unterstützt, Trainings für Richter*innen organisiert und eine regionale Datenbank von Rechtsexpert*innen erstellt. Dadurch haben in der vergangenen Projektphase (2016 bis 2018) über 300 Richter*innen und Mitarbeiter*innen der Partnerinstitutionen aus der Region an Trainings in Fachgebieten wie unter anderem EU-Recht sowie Frauen- und Landrechte teilgenommen.

In allen Maßnahmen wird Geschlechtergerechtigkeit gefördert. So wurde der Zugang für Frauen zu Landrechten unter anderem mit den Richtlinien für Notar*innen zum gendersensiblen Arbeiten verbessert

Kontakt: Jana Schuhmann

Jana.Schuhmann@giz.de

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen, auf die sich das Projekt bei seiner Umsetzung konzentriert, sind:



Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft: Bonn und Eschborn, Deutschland

GIZ Büro Sarajevo
Zmaja od Bosne 7-7a
Importanac Centar 03/IV
T +387 33 957 500
F +387 33 957 501
GIZ-BosnienHerzegowina@giz.de
www.giz.de/bosnien-herzegowina

Fotos

www.bigstock.com

GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich

Auftraggeber

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Stand

06/2020